Vorstandsvorsitzender Thomas Rudolph
Stellvertretende Vorstandsvorsitzende Johannes Fischer, Peter Grimm
Archivleiter Rainer Müller

Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e.V.
IFM-Archiv Sachsen e.V.

IFM-Archiv@gmx.de | http://de.scribd.com/IFM_Archiv/documents

Organisation von Protesten im Jahre 1988

Presseinformation ◆ Leipzig ◆ September 1999

21. Januar 1988

Während des Semesterabschluss-Gottesdienstes der *Evangelischen Studentengemeinde* in Leipzig informieren einige Studenten ausführlich über die Inhaftierungen von Ausreiseantragstellern, Mitarbeitern der *Umwelt-Bibliothek* und des Liedermachers Stephan Krawczyk wegen deren versuchter Teilnahme mit eigenen staatskritischen Transparenten an einer staatsoffiziellen Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17. Januar in Ost-Berlin. Am 25. Januar werden noch sechs Mitarbeiter der Initiative Frieden und Menschenrechte inhaftiert (Fischer, Hirsch, Templin u.a.).

22. Januar 1988

In der Leipziger Michaeliskirche versammeln sich 400 bis 500 Personen zu einem Informationsabend, um sich über die Ereignisse in Berlin zu informieren und über Formen der Solidarisierung zu beraten.

24. Januar 1988

In Leipzig treffen sich 40 Gruppenvertreter und einige Studenten des *Theologischen Seminars* mit Studentenpfarrer Michael Bartels. Er erklärt sich bereit, in der *Evangelischen Studentengemeinde* tägliche Fürbitt- und Informationsandachten für die Inhaftierten durchführen zu lassen. Sie finden in Leipzig ab dem 25. Januar bis zum 11. Februar täglich vor teilweise über 1.000 Teilnehmern statt.

27. Januar 1988

In Leipzig bildet sich eine *Kontaktgruppe des Friedensgebetes für die Inhaftierten*, welche in der *Ev. Studentengemeinde* ein Informations-Telefon einrichtet. In der *Kontaktgruppe* arbeiten u.a. Martin Jankowski, Johannes Köllner, Jochen Läßig, Bernd Oehler, Gesine Oltmanns, Jörn Peters, Thomas Rudolph und Michaela Ziegs mit, um die Freilassung der Inhaftierten zu erreichen.

13. Februar 1988

Die *Kontaktgruppe* bittet die beiden Leipziger Superintendenten, staatlichen Stellen ihren Gesprächswunsch mit Vertretern staatlicher Institutionen mitzuteilen.

29. Februar / 1. März 1988

Die beiden Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Ausreise* des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* Dr. Michael Kunze und Frank Wolfgang Sonntag werden inhaftiert, andere wie Dr. Steffen Kind und Mitarbeiter des *Kaden-Kreises* werden in den folgenden Tagen *„zugeführt"* (= vorläufig festgenommen).
Sie hatten eine Eingabe zur Änderung der Reiseregelung verfasst und in der Nikolaikirche verteilt und sich an der Neugründung der *ostdeutschlandweiten Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht* beteiligt.
Nach Protesten werden sie am 10. März 1988 aus der Haft entlassen.

14. März 1988

Nach dem Friedensgebet, das Bernd Oehler vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und Edgar Dusdal vom *Arbeitskreis Solidarische Kirche* vor ca. 900 Personen halten, kommt es zur zweiten Messedemonstration. An ihr beteiligen sich etwa 300 Ausreiseantragsteller und Mitarbeiter verschiedener Gruppen. Die *Arbeitsgruppe Ausreise* des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* beginnt am 6. April mit ihren Umfragen über die Ursachen und die soziologische Zusammensetzung unter Ausreiseantragstellern. Diese wurden über ein Jahr lang mit verschiedenen Fragebögen in ganz Ostdeutschland durchgeführt.

2. Mai 1988

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* macht im Samisdat *Streiflichter* der *Arbeitsgruppe Umweltschutz* einen fünf Tage alten Bericht über Hintergründe der Zensur von Kirchenzeitungen öffentlich.

18. Mai 1988

Bernd Oehler und Thomas Rudolph, Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit,* unterbreiten wegen der sich häufenden Inhaftierungen von Ausreiseantragstellern den Vorschlag, die Betroffenen in Listen zu erfassen und zu veröffentlichen.

4. Juni 1988

In einer Beratung des *Jugendkonventes* erläutert der in der sächsischen Landeskirche für die Gespräche mit dem Staat zuständige Oberkirchenrat Johannes Rau seine Position zum Staat-Kirche-Verhältnis. Susann Labitzke, Dietmar Motzer, Frank Richter, Heiko Schulz und Kathrin Walther fordern die Änderung der kirchlichen Politik gegenüber dem Staat und deutlichere Stellungnahmen.

5. Juni 1988

Am 1. Pleiße-Gedenkumzug beteiligen sich ca. 230 Personen und demonstrieren rund zwei Stunden entlang der Pleiße gegen die Umweltverschmutzung in der Messestadt. Unter den Demonstranten befinden sich vor allem Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Menschenrechte*, der *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, der *Initiativgruppe Leben*, des *Jugendkonventes*, des *Kaden-Kreises* und verschiedener Hauskreise von Ausreiseantragstellern.

27. Juni 1988

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* verteilt nach dem montäglichen Friedensgebet ein Flugblatt mit Überlegungen zur Aufstellung eigener Kandidaten zur Kommunalwahl im Jahre 1989.

8. Juli 1988

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* organisiert in der *Landeskirchlichen Gemeinschaft* unter Verantwortung von Studentenpfarrer Michael Bartels eine Podiumsdiskussion über die Gründe und Ursachen von Ausreiseantragstellung, an der mehrere hundert Personen teilnehmen. Im Podium diskutieren u. a. Dr. Steffen Kind (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*), Hans-Peter Schneider (Ost-Berlin) und Reinhard Weißhuhn (*Initiative Frieden und Menschenrechte*).

20. August 1988

In Leipzig treffen sich Vertreter des staats- und kirchenunabhängigen Informationsnetzes zur ersten Beratung, dem sogenannten *Sonnabendkreis*.
Die Beratungen finden in der Folge immer einmal im Monat statt. Peter Grimm von der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, Till Böttcher von der *Umwelt-Bibliothek* sowie Bernd Oehler und Thomas Rudolph vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* hatten im Frühjahr begonnen, verschiedene kleinere Informationsnetze in Ostdeutschland aufeinander abzustimmen und zu effektivieren.

4. September 1988

Auf Initiative der *Arbeitsgruppe Ausreise* des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* fahren während des Besuches von Honecker zur Eröffnung der Leipziger Herbstmesse in einem Fahrrad-Corso ca. 50 Personen von der Innenstadt zum Messegelände und an diesem vorbei ins Grüne. Der Fahrrad-Corso soll Zeichen einer Solidargemeinschaft all derer sein, die für mehr individuelle Rechte eintreten. Einige der Teilnehmer werden später *„zwecks Klärung eines Sachverhaltes“* von den Sicherheitsorganen vorgeladen.

5. September 1988

Während des Friedensgebetes verteilen Mitarbeiter des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* ein Samisdat-Heft mit dem Titel *Die Kirche*, welches die Protokolle des Geheimgesprächs zwischen Werner Jarowinsky (Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Staatspartei SED) und dem evangelischen Bischof Dr. Werner Leich vom 19. Februar 1988 enthält. Damit werden staatliche Erwartungshaltungen an die Kirche öffentlich.
Nach dem Friedensgebet kommt es zur dritten gemeinsamen Messedemonstration von Ausreiseantragstellern und Gruppenmitgliedern mit ca. 200 Personen zur Thomaskirche. Die Demonstranten versuchen, eine Menschenkette zu bilden, was aber durch zivile Sicherheitskräfte immer wieder unterbunden wird.

11. September 1988

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* organisiert die ostdeutsche Teilnahme am UNICEF-Lauf „Sport Aid 88“. Axel Holicki hatte versucht die Teilnahme vom *Rat des Stadtbezirkes Leipzig-Süd* indirekt genehmigen zu lassen, indem er *„um die Genehmigung zur Sammlung einer Startgebühr“* ersucht hatte. Die Aktion wurde

nicht genehmigt, aber vom Staat toleriert. Dieser griff nicht ein und ließ die Mitarbeiter des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* gewähren.

3. Oktober 1988

Nachdem der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* im September jeweils spontan nach den Friedensgebeten Erklärungen, die den Ausschluss der Gruppen von der Gestaltung der Friedensgebete betrafen, auf dem Nikolaikirchhof verlesen hatte, wurden die Meetings ab dem 3. Oktober vorbereitet. Auf dem ersten politischen Meeting informierte Rainer Müller vor ca. 150 Personen u. a. über die *Friedensbibliothek in Zwickau* und lud die Anwesenden dazu ein, am 4. Oktober dorthin zur Eröffnung zu fahren. Thomas Rudolph verlas Texte zur innergesellschaftlichen Situation.

7. Oktober 1988

Ein Demonstrationsversuch von rund 80 Ausreiseantragstellern am Leipziger Bachdenkmal auf dem Thomaskirchhof wird durch geschickten Einsatz ziviler Sicherheitskräfte im Ansatz unterbunden.

10. Oktober 1988

Nach dem Friedensgebet findet vor ca. 200 Personen das zweite Meeting des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* auf dem Nikolaikirchhof statt. Rainer Müller informiert, dass in Ost-Berlin am Nachmittag eine *„Protestdemonstration“* zum Presseamt beim *Ministerrat* gegen die Zensur der Kirchenzeitungen begonnen hat. Anschließend verliest er – unter dem Applaus der Teilnehmer – eine Erklärung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* zur Situation in Rumänien.

Der Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* Thomas Rudolph verliest eine Erklärung zur Lage in Rumänien mit dem *Aufruf zu einem internationalen Aktionstag am 15. November 1988*. Der Aufruf war auf einer Konferenz von Dissidenten mehrerer ostmitteleuropäischer Länder in Krakau Ende August verfasst worden.

17. Oktober 1988

Nach dem Friedensgebet findet mit ca. 300 Personen das dritte Meeting des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* auf dem Nikolaikirchhof statt. Rainer Müller informiert über die Auflösung der Ost-Berliner Demonstration der Vorwoche.

Axel Holicki verliest dazu ein *Protest-Schreiben an den Staatssekretär für Kirchenfragen*, Kurt Löffler, und fordert die Anwesenden zur Unterzeichnung des Schreibens auf. 274 Personen unterschreiben die Resolution.

In den folgenden Tagen werden die Mitarbeiter des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* Beate Fahrnländer, Manfred Fahrnländer, Axel Holicki, Stefan Fahrnländer und Thomas Baumann deshalb zugeführt.

24. Oktober 1988

Am Ende des Friedensgebetes gehen Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Menschenrechte*, der *Arbeitsgruppe Umweltschutz*, des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* und der *Initiativgruppe Leben* mit Plakaten (u.a. „Wir mahnen, die Wahrheit zu sehen“, „Wir mahnen uns, danach zu handeln“, „Mündigkeit verpflichtet - ziviler Ungehorsam“) in den Altarraum der Nikolaikirche und versuchen nochmals über die Ausgrenzung der Gruppen vom Friedensgebet eine Diskussion zu erreichen. Superintendent Friedrich Magirius verweigert diese Diskussion. Daraufhin begeben sie sich mit den Plakaten vor die Kirche und es

gelingt vor ca. 450 Personen das vierte Meeting auf dem Nikolaikirchhof. In den darauf folgenden Tagen werden u. a. Kathrin Hattenhauer, Jochen Läßig, Rainer Müller und Gesine Oltmanns vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* sowie drei Mitarbeiter der *Initiativgruppe Leben* zugeführt. Gegen sie wird ein Ermittlungsverfahren *„gemäß § 95 der Strafprozeßordnung wegen des Verdachtes von Straftaten nach § 106 des Strafgesetzbuches"* (staatsfeindliche Hetze) eingeleitet. Sie erhalten später Ordnungsstrafen in der Höhe bis 500 Mark.

29. Oktober 1988

Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und die *Initiativgruppe Leben* veranstalten einen Informationsabend zur Situation in Rumänien in Leipzig-Mockau.
Gesine Oltmanns, Sprecherin des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, verschickt nach der Veranstaltung eine von den Teilnehmern verfasste Protestresolution.

31. Oktober 1988

In der Lukaskirche gestalten die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* und die *Initiativgruppe Leben* einen Informationsabend über ihre Forderung nach Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes statt des Ersatzdienstes als Bausoldat in der *Nationalen Volksarmee*. An der Veranstaltung beteiligen sich mehrere hundert Personen. Sie war u. a. von Johannes Fischer, Christoph Motzer, Frank Richter und Christoph Wonneberger vorbereitet worden.

9. November 1988

Vor und nach dem täglichen Friedensgebet in der Nikolaikirche verteilen während der *Friedensdekade* Mitarbeiter des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* ein Flugblatt und ziehen mit den rund 200 Besuchern in einem Schweigemarsch von der Nikolaikirche durch die Innenstadt zum Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge. Die Verkehrspolizei regelt für diesen nicht angemeldeten Demonstrationszug sogar den Verkehr.

15. November 1988

Der *Arbeitskreis Solidarische Kirche* und der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* beteiligen sich mit einem Informationsstand über Rumänien an dem internationalen Protesttag gegen die rumänische Führung.

19. November 1988

Während der 4. Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im *Sonnabendkreis* in Leipzig wird ein Aufruf für einen Aktionstag am 27. November gegen die Relegierung von Schülern aus politischen Gründen von einer Ost-Berliner EOS beraten und die ostdeutschlandweite Beteiligung daran beschlossen.

20. November 1988

Ein Demonstrationsversuch von ca. 80 Ausreiseantragstellern in der Karl-Tauchnitz-Straße wird im Ansatz von Sicherheitskräften unterbunden. 22 Personen werden zugeführt, acht von ihnen erhalten Ordnungsstrafen.

27. November 1988

In der *Evangelischen Studentengemeinde* findet am Aktionstag für die in Ost-Berlin relegierten Schüler einer EOS ein von der *Arbeitsgruppe Friedensdienst* und dem *Arbeitskreis Gerechtigkeit* vorbereiteter Informationsnachmittag unter dem Motto *„Eigene Meinung gefragt"* statt. In dieser Veranstaltung wird prinzipielle Kritik an der Bildungspolitik der Machthaber geübt und beschlossen, einen weiteren Tag zur Volksbildung *„Schule in Bewegung"* zu organisieren.